



Was er sagen müsste.

Wenn er dürfte.
Oder wollte.

Die Budgetrede, die das Land braucht – die Finanzminister Markus Marterbauer aber so nie halten wird.

Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren, aber vor allem: Geschätzte Steuerzahlerinnen und Steuerzahler!

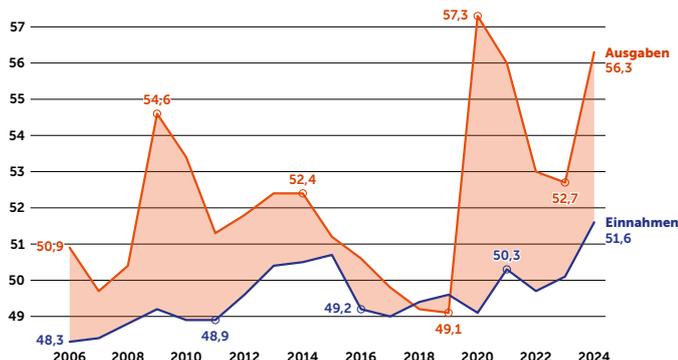
Sie werden es gehört oder gelesen haben: Österreich hat wieder einen Spitzenplatz errungen. Leider geht es nicht um sportliche Höchstleistungen und schon gar nicht um wirtschaftliche Erfolge. Es geht um die Steuerlast. Laut aktueller Taxing-Wages-Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) beläuft sich der sogenannte „Steuerkeil“ in Österreich derzeit auf 47 Prozent. Der Steuerkeil markiert den Anteil der Arbeitskosten des Arbeitgebers, der dem Staat zufließt und dem Nettoeinkommen eines durchschnittlichen Beschäftigten von seiner Arbeitsleistung fehlt. Unsere 47 Prozent bedeuten Platz fünf in der OECD, der Durchschnitt liegt bei 34,9 Prozent. Bei den Staatseinnahmen liegen wir überhaupt auf Rang zwei.

Obwohl Österreich seinen Bürgern besonders viel Geld abnimmt, kommt der Staat mit den Einnahmen nicht aus. Das Budgetdefizit betrug im Vorjahr fast fünf Prozent der Wirtschaftsleistung und würde heuer ohne entsprechende Gegenmaßnahmen noch höher ausfallen. Sie wissen, dass ich neu in diesem Amt bin und mir meine Vorgänger keine leichte Aufgabe hinterlassen haben. An dieser Bundesregierung und an mir liegt es nun, den Staatshaushalt zu sanieren.

Abb. 1: Österreich lebt über seine Verhältnisse

Der Ausgabenrausch des österreichischen Staates

– Staatsausgaben und -einnahmen, in Prozent des BIP



Quelle: Agenda Austria, Statistik Austria, EU Kommission.



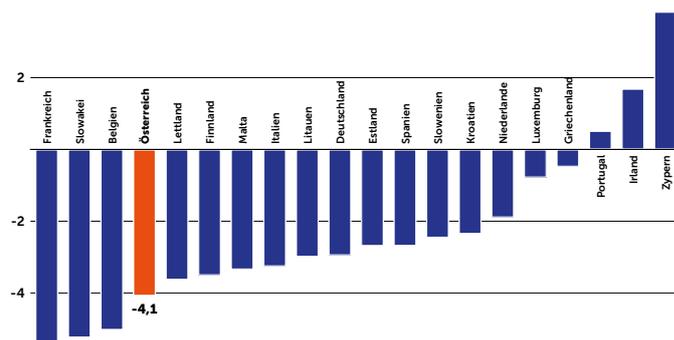
Meine Damen und Herren, als Ausdruck des Politikwechsels werde ich Ihnen reinen Wein einschenken. Wir haben in den letzten Jahren deutlich über unsere Verhältnisse gelebt. Das betrifft nicht nur die Schulden, sondern auch die Erwartungen der Bürger an den Staat, weshalb die Ausgaben immer weiter in die Höhe getrieben wurden.

Wir wissen nun auch, dass das aktuelle Sparprogramm von 6,4 Milliarden Euro viel zu wenig ist, um das Problem dauerhaft zu lösen. Selbst mit diesen Einsparungen werden wir heuer ein Defizit von über vier Prozent der Wirtschaftsleistung oder rund 20 Milliarden Euro schreiben. Das ist innerhalb der Eurozone der unruhmlische vierte Rang.

Abb. 2: Das Sparprogramm ist ein Feigenblatt

Neuverschuldung 2025

– in Prozent des BIP



Quelle: IWF.

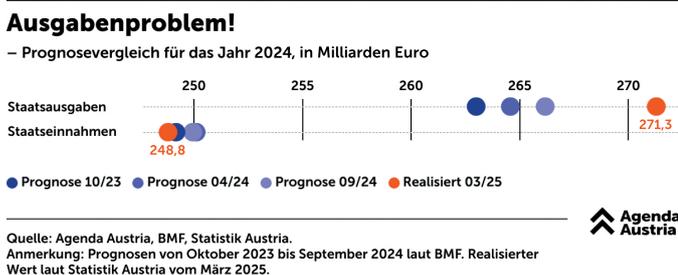


Daher haben wir in der Bundesregierung unsere Köpfe noch einmal rauchen lassen und ich darf Ihnen heute nicht ohne Stolz die Ergebnisse präsentieren.

Eines darf ich schon an dieser Stelle versprechen: Noch mehr neue Steuern wird es mit mir als Finanzminister nicht geben. Denn wir nehmen schon jetzt so viel Geld ein wie nie zuvor. Trotz deutlich schlechterer Wirtschaftsentwicklung haben die Prognosen auf der Einnahmenseite sehr gut gehalten. Nur meine Kollegin Rikka Purra in Finnland hat in Relation zur Wirtschaft noch ein bisschen mehr Geld zur Verfügung als ich. Das muss eigentlich reichen. Wären da nicht die Probleme bei unseren Ausgaben. Diese sind uns regelrecht davongelaufen. Zwischen der letzten Prognose meines Hauses vor den Wahlen und dem, was am Jahresende tatsächlich angefallen ist, liegen immerhin acht Milliarden Euro.

Sonderlich sparsam unterwegs war unser Staatsapparat ja nie. Aber wir sehen, dass mit der Corona-Pandemie die Ausgabendynamik noch einmal stark zugelegt hat. Auch von der Inflationsentwicklung haben wir uns leider entkoppelt: Wären die Staatsausgaben seit 2019 nur mit der (ohnein sehr hohen) Inflation gestiegen, hätten wir im Vorjahr um fast 30 Milliarden Euro weniger Geld gebraucht und damit sogar einen Budgetüberschuss gehabt.

Abb. 3: Bei den Ausgaben verschätzt



Und da sind wir beim Kern des Problems, das mich als Finanzminister besonders beschäftigt: Wir treffen in der Krise oft die richtigen Entscheidungen, aber wir schaffen es nachher häufig nicht, aus dem Krisenmodus wieder auszusteigen. Unser Staatsbudget sieht seit Jahren so aus, als hätten wir permanent eine Jahrhundertkrise.

Sie wissen, meine Damen und Herren, dass ich als Ökonom keynesianisch geprägt bin und große Stücke auf den Staat als Stabilisator und Impulsgeber für die Wirtschaft halte. Doch gemeinsam mit meinem Kabinett, mit dem ich schon in der Arbeiterkammer erfolgreich zusammengearbeitet habe, bin ich zu dem schmerzhaften Schluss gekommen, dass noch mehr Staat einerseits kaum möglich wäre und andererseits auch nicht mehr die richtige Medizin ist. Wir müssen den Staat zurücknehmen und die Ausgaben kürzen. Das ist der einzige Weg zu einer erfolgreichen Konsolidierung, wie auch die Wissenschaft zeigt.¹

Ich bin zwar ein großer Freund höherer Steuern, doch diese würden der Wirtschaft und damit auch dem Wohlstand im Land derzeit viel mehr schaden als Einsparungen beim Staat. Gerade für einen sozialdemokratischen Politiker ist das keine angenehme Erkenntnis. Aber ich habe das Amt aus Verantwortung gegenüber dem Land und nicht gegenüber meiner Partei übernommen. Es ist die Ironie der Zeit, dass ein konservativer Finanzminister mit dem Geld um sich wirft und ein glühender Sozialdemokrat den Scherbenhaufen kitten muss. Aber das ist eben Österreich im 21. Jahrhundert.

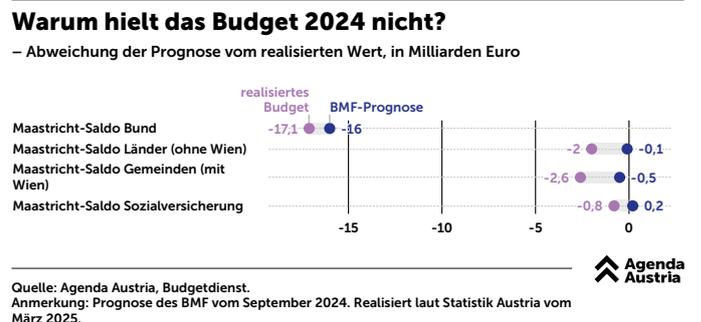
Wie versprochen werden wir die Budgetsanierung daher durch Einsparungen erreichen. Für heuer wird sich leider vieles nicht mehr ausgehen. Aber wir wollen zumindest 13 Milliarden Euro konsolidieren. Diesen Sparkurs werden wir bis zum Ende der Legislaturperiode beibehalten. Und zwar nicht, weil wir ein Defizitverfahren der EU unbedingt verhindern wollen. Sondern weil wir der festen Überzeugung sind, dass das Land dieses radikale Umdenken braucht, um auch in Zukunft noch wohlhabend und erfolgreich zu sein.

Eine kurze Geschichte des Budgetversagens

Wie jeder Politiker, der etwas auf sich hält, werde auch ich die Schuld ein Stück weit bei anderen suchen: Da sind zum einen natürlich die Wirtschaftsforscher, deren Prognosen nicht gehalten haben. Ihre Annahmen zum Wachstum und auch zum Staatshaushalt mussten in den vergangenen Monaten mehrfach nach unten korrigiert werden. Auch die Statistik Austria nahm mehrere Korrekturen vor. Auf Basis falscher Zahlen ist es für die Politik natürlich schwer, eine Planung vorzunehmen.

Das betrifft nicht nur mich und den Bundeshaushalt. Insgesamt lässt sich feststellen, dass im Prinzip alle Teile der Verwaltung versagt haben. So lag die Neuverschuldung des Bundes unter meinen Vorgängern leider doch um 1,1 Milliarden Euro höher als noch vor der Wahl gedacht. Deutliche Abweichungen gab es aber auch bei Ländern und Gemeinden.

Abb. 4: Ein Versagen auf allen Ebenen



Auch wenn der Sparbedarf der Länder weit weniger schlimm aussieht, so möchte ich doch auch an die Verantwortung der Landeshauptleute appellieren. Einen

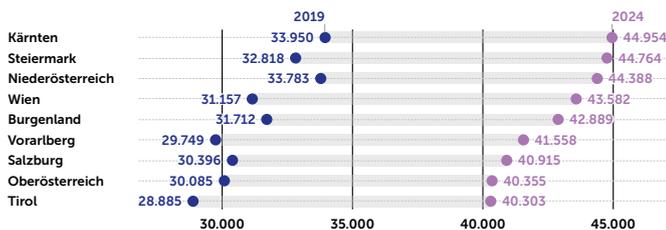
¹ Bspw. Alesina & Ardagna (2010), Alesina & Perotti (1995), Bertola & Drazen (1993), Bartolini et al. (1995), Hagen et al. (2001), Zaghini (2001).

großen Teil der Ausgaben bekommen sie vom Bund finanziert, für außertourliche Kosten fließt zusätzlich Geld an sie. Dass es am Ende dennoch eine Neuverschuldung in historischem Ausmaß gibt, ist nicht akzeptabel. Jeder Österreicher steht mittlerweile mit mehr als 40.000 Euro für sein Land in der Kreide und die Herausforderungen werden nicht kleiner.

Abb. 5: 10.000 Euro in fünf Jahren

Entwicklung der Schulden pro Kopf

– in Euro



Quelle: Agenda Austria, Statistik Austria.
Anmerkungen: Schulden anteilig als Summe von Bund und den jeweiligen Bundesländern und Gemeinden.

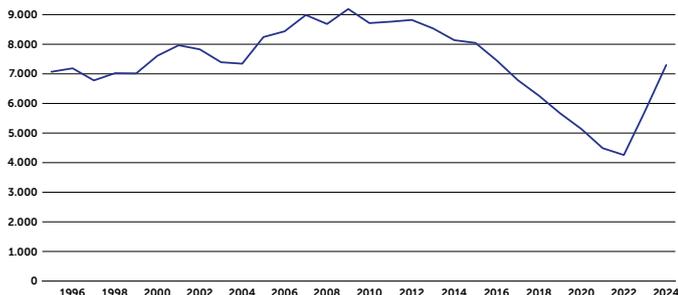


Lange haben wir von den niedrigen Zinsen profitiert, doch diese Zeit haben meine Vorgänger vor allem dazu genutzt, immer höhere Schulden zu sinkenden Kosten aufzunehmen. Nun passiert genau das, wovor die Agenda Austria immer gewarnt hat: Mit den gestiegenen Zinsen werden die Kosten des hohen Schuldenbergs sichtbar. Allein in den letzten drei Jahren sind die jährlichen Zinsausgaben für die Schulden um drei Milliarden Euro oder über 70 Prozent gestiegen. Weil alte niedrig verzinsten Anleihen auslaufen und der Schuldenberg deutlich gewachsen ist, wird dies auch mit den jüngsten Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank in Zukunft weiter teurer werden. Der Fiskalrat prognostiziert für 2025 einen weiteren Anstieg um rund eine halbe Milliarde Euro².

Abb. 6: Wenn Gratisgeld plötzlich etwas kostet

Zinszahlungen des Staates

– in Millionen Euro



Quelle: Agenda Austria, OeNB.



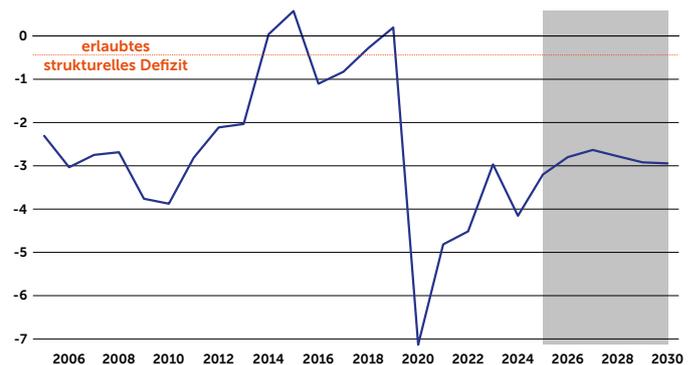
Und nein, die Konjunktur ist auch nicht an allem schuld. Wir geben uns Regeln, wonach die konjunkturbereinigte Neuverschuldung nicht höher sein darf als 0,45 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), und haben diese Verpflichtung seit Einführung 2017 nur zwei Mal erfüllt.

Um es noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: So wie bisher kann es nicht weitergehen. Wir müssen jetzt das Ruder herumreißen. Und bevor es nun wieder heißt, dass man in einer Rezession keinesfalls sparen dürfe: Das ist falsch. Ein Rückbau des überdimensionierten Staats wird, ganz im Gegenteil, der Wirtschaft wieder den Freiraum verschaffen, den sie braucht.

Abb. 7: Der Staat hat ein strukturelles Problem

Wie viel Schulden wir konjunkturunabhängig machen

– struktureller Haushaltssaldo, in Prozent des BIP



Quelle: Agenda Austria, IWF.
Anmerkung: Prognosen ab 2025 laut Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom April 2025.



Jetzt das Richtige tun. Für Österreich.

Wir müssen das Land reformieren und modernisieren. Die nächsten größeren Wahlen finden voraussichtlich erst 2027 statt³; für die Politik ist das eine Art Verschnaufpause, die sie nützen wird, um endlich Reformen auf den Weg zu bringen. Ich weiß, viele Maßnahmen werden unpopulär sein. Und bitte glauben Sie mir, dass ich lieber Geld verteilen als einsparen würde. Aber der Moment ist gekommen, um bei den Staatsausgaben den Rückwärtsgang einzulegen.

² Fiskalrat (2025).

³ 2027 stehen planmäßig die nächsten Landtagswahlen in Oberösterreich auf dem Programm. Bereits 2026 gibt es mehrere Gemeinderatswahlen.

Das heißt zunächst einmal, dass wir nicht jedes Mal klein beigeben, wenn eine wütende Lobby Kompensationen einfordert. Zum Beispiel: Die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten hat nur dann einen positiven Nettoeffekt für den Staatshaushalt, wenn man das Geld nicht gleich wieder für reduzierte Rezeptgebühren ausgibt. Die Abschaffung des Klimabonus hilft mehr, wenn wir den Pendlereuro dafür nicht verdreifachen. Wir müssen das Sparen ernst nehmen. Nur dann lassen sich **die 6,4 Milliarden Euro für heuer und auch die notwendigen Maßnahmen darüber hinaus** tatsächlich realisieren.

Wir fangen bei uns selbst an

Mit gutem Beispiel gehen wir voran und schauen zuallererst einmal auf die Dinge, die wir als Bundesregierung direkt beeinflussen können.

Als erste zusätzliche Maßnahme werden wir **den Gehaltsbeschluss für Staatsbedienstete aus dem Vorjahr aufkündigen** und stattdessen eine Nulllohnrunde für drei Jahre einführen. Anschließend werden wir die Reihenfolge der Verhandlungen ändern: Die Beamten kommen erst nach Abschluss der Herbstlohnrunde an die Reihe – nicht mehr, wie zuletzt, als Erste. Dabei gilt der Abschluss der Herbstlohnrunde als explizite Obergrenze (nicht als Richtgröße) für jenen mit den Beamten. Unsere Jobs hier sind viel sicherer als die in den Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen. Dass die Tariflöhne der öffentlichen Hand jenen der anderen Arbeitnehmer davonlaufen – wie seit Beginn des Vorjahres – darf in Zukunft nicht mehr passieren. Das schädigt nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern auch die Demokratie. Von dieser Maßnahme erhoffen wir uns Einsparungen von **zwei Milliarden Euro allein im Jahr 2026**.

Die Einsparungen in den Ministerien werden wir weiter verstärken und wir werden über die angekündigten 1,1 Milliarden Euro hinausgehen. Alle Projekte werden überprüft und bei fehlender Effizienz beendet. Das gilt insbesondere für jene, die aufgrund der verfügbaren Corona-Milliarden realisiert wurden.

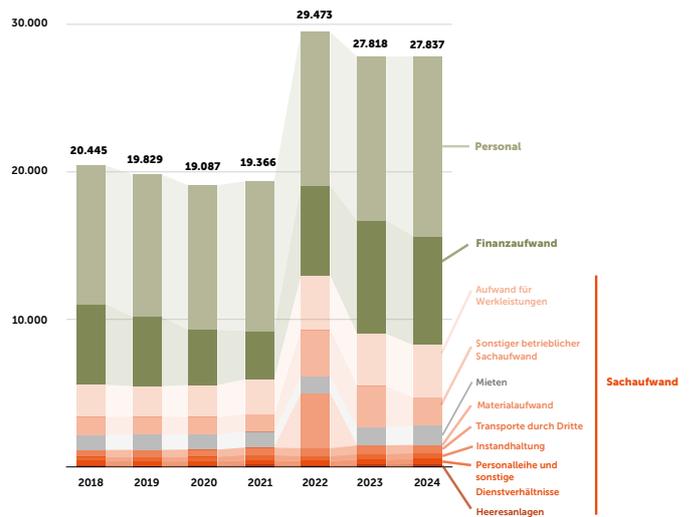
Darüber hinaus wird es neben den Einsparungen bei den Sachkosten auch Einschnitte im Personal geben. Pensionierungen sind durch Personalrochaden zu kompensieren. Mit der Umsetzung der versprochenen Entbürokratisierung wird sich der Personalbedarf ohnehin verringern. Außerdem wollen wir die Digitalisierung vorantreiben. Estland zeigt, dass dadurch nicht nur der

Personalbedarf der öffentlichen Verwaltung deutlich sinkt, sondern auch der Service-Charakter des Staats und damit das Ansehen der Politik wächst.

Abb. 8: Ministerien sollten auch beim Personal sparen

Wer findet 1,1 Milliarden Euro bei den Sachkosten?

– Auszahlungen des Bundes aus der operativen Verwaltungstätigkeit, in Millionen Euro



Quelle: Agenda Austria, BMF.
Anmerkung: Ohne COVID-19-Krisenbewältigung. Der hohe Materialaufwand im Jahr 2022 stammt vor allem von der einmaligen Beschaffung der strategischen Gasreserve.

Agenda Austria

Damit es nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleibt, werden wir uns insgesamt zu einer Einsparung von jährlich **zusätzlich mindestens zwei Milliarden Euro** verpflichten.

Um nicht in ein paar Jahren schon wieder vor einem ausufernden Defizit zu stehen, werden wir eine Ausgabenbremse nach Schweizer Vorbild einführen. Sie wird dafür sorgen, dass die Ausgaben in Zukunft nicht schneller steigen als die prognostizierten Einnahmen, große Krisen ausgenommen.

Von einer Tasche in die andere? Damit ist Schluss!

In der Corona-Krise haben wir uns den fragwürdigen Titel des Förderweltmeisters erarbeitet. Es braucht kein abgeschlossenes Studium der Volkswirtschaft, um zu erkennen, dass es wenig wachstumsförderlich ist, wenn wir mit der einen Hand den Bürgern und Betrieben das Geld mit hohen Abgaben aus der Tasche ziehen, nur um es dann mit der anderen Hand wieder zurückzugeben. Wirklich förderwürdig ist aus ökonomischer Perspektive in Österreich nur ganz wenig. Wir werden daher jede einzelne Förderung evaluieren und bei fehlender Effizienz einstellen. Parallel werden wir neue Förder-

richtlinien ausarbeiten und damit die Förderwürdigkeit deutlich einschränken. Bei Doppelförderungen wird der Bund zukünftig die Rückzahlung der Bundesförderung im Umfang der von den Ländern oder Gemeinden bezahlten Beträge veranlassen. Damit werden wir die öffentlichen Ausgaben um **jährlich mehr als eine Milliarde Euro** reduzieren.

Danach ist der Sozialstaat an der Reihe

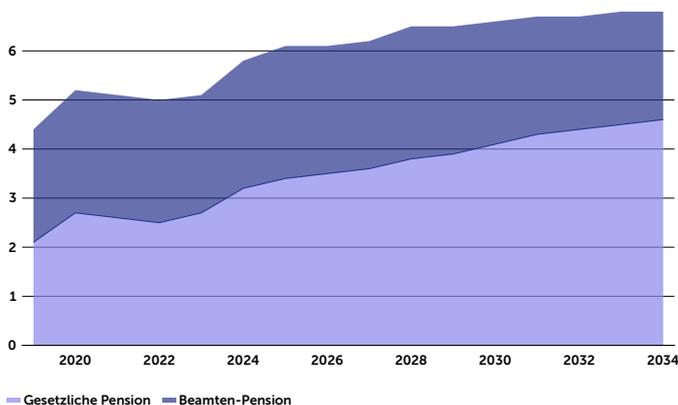
Wir Politiker haben uns sehr lange bemüht, das Thema Pensionen totzuschweigen oder kleinzureden, doch mittlerweile sind die Ausgaben so hoch, dass wir etwas unternehmen müssen.

In einem ersten Schritt werden wir die Pensionszuckerl der Vergangenheit bei der Anpassung der Pensionen im Herbst verrechnen. Das bedeutet, dass für einige Gruppen die Pensionserhöhung in diesem Jahr ausfallen wird. In meiner früheren Tätigkeit hätte ich das fälschlich als Pensionsraub diskreditiert, doch das ist es natürlich nicht. Einsparung aus diesem Titel: rund **eine Milliarde Euro pro Jahr**.

Abb. 9: Sicher ist, dass die Pensionskosten steigen werden

Was das Pensionsloch den Steuerzahler kostet

– Zuschuss zu den Pensionen in Prozent des BIP



Quelle: Agenda Austria, Alterssicherungskommission (2024).



Darüber hinaus werden wir ab dem kommenden Jahr das gesetzliche Pensionsantrittsalter um jährlich sechs Monate anheben. Wir haben erkannt, dass es zu billig wäre, wenn wir uns mit dem Nachhaltigkeitsmechanismus aus der Affäre ziehen. Was das Land braucht, sind Reformen, die wir heute auf den Weg bringen. Was in Schweden funktioniert hat, schaffen wir auch. Der Pfad für das Antrittsalter der Frauen sowie die verschiedenen Zu- und Abschläge werden entsprechend neu kalibriert.

Das müssen wir tun, weil das jährliche Pensionsloch – also die Differenz aus den Bezügen heutiger Pensionisten und den Beiträgen der heute Erwerbstätigen – im Vorjahr auf 30 Milliarden Euro angestiegen ist. Ohne Adaption kommen in den nächsten fünf Jahren noch einmal rund fünf Milliarden Euro jährlich hinzu. Das Geld haben wir nicht, deshalb reichen kosmetische Eingriffe bei Korridor pension & Co. nicht aus, sie sparen maximal eine Milliarde Euro ein.

Eine Anhebung um sechs Monate jeweils für die kommenden zwei Jahre bringt zusätzliche **Einsparungen von 1,3 Milliarden Euro pro Jahr**.

Gut gemeint ist oft das Gegenteil von gut gemacht. Das trifft leider auch auf den Ausbau des Wohlfahrtsstaats zu. Die Valorisierung der Sozialleistungen war in Zeiten hoher Inflation verständlich, hat aber zu einem Konflikt zwischen Tariflöhnen und erwerbslosen Einkommen geführt. Zukünftig werden die Anpassungen der Sozialleistungen wieder von der Politik unter Berücksichtigung der budgetären Lage beschlossen. In jedem Fall muss die Anpassung aus Arbeitsmarktgründen aber unterhalb der Entwicklung der Tariflöhne liegen.

Föderalismus braucht eine Generalüberholung

Wir werden uns mit den Vertretern von Ländern und Gemeinden zusammensetzen, um sowohl die Verteilung der Aufgaben als auch jene der Einnahmen neu zu organisieren. Das Ziel ist eine deutlich höhere Effizienz als derzeit. Das bedeutet nicht, dass die Qualität der staatlichen Leistungen abnehmen wird, es bedeutet nur, dass die Kosten dafür sinken. Zu diesem Zweck werden wir in einen intensiven Austausch mit der Schweizer Bundesregierung treten, deren Staatsapparat günstiger und häufig leider auch besser ist als unserer.

Als erste Maßnahme haben wir den derzeit geltenden Finanzausgleich nachverhandelt und können sofort **eine Milliarden Euro** einsparen.

Zum Abschluss

Uns ist klar, dass all diese Maßnahmen nur der erste Schritt sein können. Wir werden es heuer leider nicht schaffen, keine neuen Schulden zu machen, und auch für das kommende Jahr wird es sich knapp nicht ausgehen. Aber wir können die drohende Neuverschuldung für 2025 auf 12,7 Milliarden Euro und im kommenden Jahr auf 2,1 Milliarden Euro reduzieren. Damit halten

wir die Fiskalregeln nach Maastricht ein. Das tun wir nicht, um Brüssel zu imponieren, sondern weil wir davon überzeugt sind, dass es der richtige Weg ist.

So wäre das Fundament gelegt, ab 2027 keine neuen Schulden mehr anzuhäufen und die strukturellen Maßnahmen unter Budgetvorbehalt aus dem Regierungsprogramm in die Umsetzung zu bringen.

Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Steuerzahlerinnen und Steuerzahler: Ich habe Ihnen jetzt ganz ehrlich geschildert, wie groß die Probleme sind, vor denen wir stehen, und was wir als Bundesregierung unternehmen werden, um sie zu lösen.

Abb. 10: Was eigentlich an Späßmaßnahmen möglich wäre

Ich kann Sie nur bitten, uns zu vertrauen, dass wir diesmal den Ernst der Lage erkannt haben und entsprechend handeln werden. Und ich bitte Sie, dieses Sparprogramm mitzutragen – auch wenn einzelne Lobbys und Interessenvertreter noch so laut dagegen opponieren werden.

Der Staatshaushalt braucht jetzt eine Rosskur, damit es dem Land bald wieder besser geht und wir noch finanzielle Reserven für die drohende Kostenlawine im Zuge des demografischen Wandels haben. Die Österreicherinnen und Österreicher haben es verdient.

Das wahre Sparpotenzial im Doppelbudget

in Milliarden Euro	2025	2026
Defizit	-25,9	-25,7
Bereits bekanntes Sparpaket	6,4	8,7
Reduktion der Personalkosten	0,0	2,0
Reduktion der Mehrkosten Ministerien	2,3	5,5
Abbau der Subventionen	1,1	2,8
Aussetzung Pensionsanpassung	1,1	1,1
Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters	1,3	2,5
Finanzausgleich	1,0	1,0
Saldo	-12,7	-2,1

Quelle: Agenda Austria, Fiskalrat, Budgetdienst.
Anmerkung: Zahlen zu Preisen von 2025.

Literatur

- Alesina, A., Ardagna, S. (2010).** Large Changes in Fiscal Policy: Taxes versus Spending. *Tax Policy and the Economy*, 24 (1), 35–68.
- Alesina, A., Perotti, R. (1995).** Fiscal Expansions and Fiscal Adjustments in OECD Countries. *Economic Policy*, 10 (21), 205–248.
- Bartolini, L., Razin, A., Symansky, S. (1995).** G-7 fiscal restructuring in the 1990s: macroeconomic effects. *Economic Policy*, 10 (20), 111–146.
- Bertola, G., Drazen, A. (1993).** Trigger Points and Budget Cuts: Explaining the Effects of Fiscal Austerity. *American Economic Review*, 83 (1), 11–26.
- Fiskalrat (2025).** Bericht über die fiskalische Nachhaltigkeit 2025. Online verfügbar unter: https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:03cd7d7f-93b5-4eac-8930-9f22e65459d9/FISK_NHB_2025_Web.pdf (abgerufen am 06.05.2025).
- Hagen, J. von, Hughes Hallett, A., Strauch, R. (2001).** Budgetary Consolidation in EMU. *Europäische Union, Economic Papers* 148.
- Zaghini, A. (2001).** Fiscal adjustments and economic performance: a comparative study. *Applied Economics*, 33 (5), 613–624.

**Eine wissenschaftliche Publikation
der Agenda Austria**

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Dr. Dénes Kucsera

Mag. Hanno Lorenz

Begutachtung

PD Dr. Gerhard Reitschuler

Lektorat

MMag.^a Judith Kreiner

Design

Rosebud

Agenda Austria

Türkenstraße 25/1/10

1090 Wien

Österreich

T +43 1 361 99 61-0

office@agenda-austria.at